

Der Antikriegstag erinnert an den faschistischen Überfall auf Polen am 1. September 1939. Damit begann ein Raub- und Vernichtungskrieg, der die Welt in Brand steckte, mit über 55 Millionen Toten und dem Holocaust, dem industrialisiert betriebenen Völkermord an Juden, Sinti und Roma.

Die Lehre aus diesen Verbrechen heißt:

Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!

**ANTI-
KRIEGS-
TAG**

RAUS AUS AFGHANISTAN

Nach Angaben der unabhängigen Menschenrechts-Organisation „Afghanistan Rights Monitor“ (ARM) in Kabul sind im Jahr 2010 mehr als 2400 Zivilisten getötet und rund 3300 verletzt worden. Das sind so viele wie noch nie seit dem Kriegsbeginn 2001.

Nach 10 Jahren NATO-Krieg und Besatzung leiden heute acht Millionen Menschen in Afghanistan an Hunger und Unterernährung, die durchschnittliche Lebenserwartung ist auf 46 Jahre gesunken. Wichtige Ministerien der Karzai-Regierung sind unter regionalen Warlords und der Drogenmafia aufgeteilt. Der einzige blühende Wirtschaftszweig ist – mit 90 Prozent der Weltproduktion – der Opiumhandel.

Die von „Wikileaks“ veröffentlichten US-Geheimdokumente belegen die rück-

sichtslosen NATO-Bombardements, die Tötung von Zivilisten an Kontrollposten und bei Häuser-Durchsuchungen, den Einsatz unbemannter Kampfdrohnen, bei denen jedes Mal zahllose Menschen ermordet werden – und die systematische Vertuschung dieser Verbrechen.

Dies alles geschieht nicht nur mit Billigung Deutschlands, sondern auch unter aktiver Beteiligung der Bundeswehr. Das von Bundeswehroberst Klein befohlene Massaker in Kunduz, bei dem rund 140 Menschen getötet und viele weitere verletzt wurden, war der bisher blutigste Höhepunkt deutscher Kriegsbeteiligung in Afghanistan.

Während die Regierungen der NATO-Staaten von „Abzug“ und Übergabe der „Verantwortung an die afghanische Regierung“ reden, eskalieren sie den Krieg.

Wir fordern: Schluss mit dem NATO-Krieg – Abzug der Bundeswehrtruppen aus Afghanistan!

Jeder Tag, an dem dieser blutige Krieg fortgesetzt wird, ist ein Tag zu viel und jeder Mensch, der dabei getötet wird, ist einer zu viel.

Die Friedens- und Antikriegsorganisationen der Bundesrepublik fordern vom Bundestag und der Bundesregierung den „Stopp aller Kampfhandlungen“, den „sofortigen Beginn des Abzugs der Bundeswehr aus Afghanistan“ und den „Einsatz der frei werdenden Gelder zur Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung“. Dafür wurden bereits Zehntausende Unterschriften gesammelt.



Tragen auch Sie sich in die Unterschriftenlisten ein.

Sie können auch online unterzeichnen.

NEIN ZUR NATO-AGGRESSION IN LIBYEN

Glaubt man der Propaganda der westlichen Regierungen, dann sollten die Luftangriffe der NATO ausschließlich dem Schutz der Zivilbevölkerung dienen.

Doch die Tatsachen sind andere:

- Seit Beginn der NATO-Bombenangriffe wurden über 1000 Zivilisten getötet.
- Bombardiert wurden der staatliche Fernsehsender, die zivile Infrastruktur und der Wohnsitz der Gaddafi-Familie
- Die NATO hat den Rebellen aus Benghazi den Weg nach Tripolis frei ge-

bombt, um einen Regimewechsel herbei zu führen.

Die kriegführenden NATO-Mächte wollen das Land mit den größten Ölreserven ganz Afrikas unter ihre Kontrolle bekommen und den noch verstaatlichten Ölsektor nun den Profitiinteressen der westlichen Konzerne ausliefern.

Der NATO-Krieg in Libyen muss sofort beendet werden! Das wäre die wirksamste Maßnahme zum Schutz der Zivilbevölkerung. (Weiter auf der Rückseite)



Schluss mit den Rohstoffkriegen

RÜSTUNGSEXPORTE VERBIETEN

Die weltweit führenden Rüstungskonzerne konnten laut Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) ihren Umsatz 2009 um weitere 8 % auf 296 Milliarden Euro steigern.

Deutschland ist Europameister bei den Rüstungsexporten. In den vergangenen

fünf Jahren haben deutsche Firmen ihre Kriegswaffenexporte fast verdoppelt. Deutsche Konzerne profitieren von einem Boom des Waffenhandels: Rheinmetall, Krauss-Maffei Wegmann (KMW), Thyssen-Krupp, Diehl, MTU oder Heckler & Koch. Zu den Empfängern deutscher Waffen und von Lizenzen für Rüstungsgüter

zählen Diktaturen und autoritäre Regime wie Saudi-Arabien oder auch die Türkei, die ihre Bevölkerung brutal unterdrücken und Menschenrechte systematisch mit Füßen treten. Den todbringenden Geschäften der Waffenhändler und Kriegsprofiteure muss durch ein Rüstungsexportverbot im Grundgesetz ein Ende gesetzt werden!

Online-Unterschriften:
www.aufschrei-waffenhandel.de

DIE BUNDESWEHR GEHÖRT AUFGELOST

Auftrag der Bundeswehr ist, entsprechend dem immer noch gültigen Grundgesetz ausschließlich die Landesverteidigung, – „wenn das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird“. Doch die Bundesregierung kümmert das nicht: Deutschland beteiligt sich an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen der NATO, so 1999 gegen Jugoslawien und seit 10 Jahren am Krieg in Afghanistan.

Die Bundeswehr wird seither zielstrebig zur Interventionsarmee umstrukturiert. Dieses ist der Zweck der so genannten „Wehrreform“.

Auch die Waffenbeschaffungs-Programme dienen ausschließlich der Steigerung der weltweiten Einsatzfähigkeit der Bundeswehr.

Unverblümt werden in den neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ nackte Wirtschaftsinteressen zur zentralen Aufgabe der Bundeswehr erklärt. Sie ist keine Verteidigungsarmee, sondern Instrument zur Durchsetzung deutscher Großmachtsansprüche.

Diese Bundeswehr brauchen wir nicht!



Kostas-Karikatur aus: Neue Rheinische Zeitung

BUNDESWEHR RAUS AUS AFGHANISTAN

Bundesweite Antikriegs-Aktion in Bonn

Am 5. Dezember 2011 wollen sich die am Afghanistan-Krieg beteiligten NATO-Regierungen mit Vertretern des Karzai-Regimes zur „Petersberg II-Konferenz“ in Bonn treffen.

Die Friedens- und Antikriegsorganisationen planen für den 3. Dezember in Bonn eine bundesweite Großdemonstration gegen den Krieg, am 4. Dezember eine internationale Gegenkonferenz und am 5. Dezember kreative Begleitaktionen und Aktivitäten zivilen Ungehorsams,

einschließlich Blockaden der Veranstaltungsorte der NATO-Kriegskonferenz.

Wir rufen zur Beteiligung an diesen Protesten auf.

Infos unter: www.afghanistanprotest.de

Wir organisieren einen Bus von München zur Großdemonstration am 3. Dezember nach Bonn.

Informationen und Anmeldung:
www.gegen-krieg-und-rassismu.de



Herausgeber: **MÜNCHNER BÜNDNIS GEGEN KRIEG UND RASSISMUS**
und **MÜNCHNER FRIEDENSBÜNDNIS**

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Claus Schreer, Johann-von-Verth-Straße 3,
80639 München, E.i.S., Gestaltung: Wob